

Kapitel

Initiator*innen: AG Sicherheit, Recht und gesellschaftlicher Zusammenhalt
(dort beschlossen am: 31.08.2025)

Titel: Extremismusprävention und Demokratiebildung

Text

1 Extremismusprävention und Demokratiebildung

2 Wir stehen ohne Wenn und Aber für die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung
3 und die Rechte aller Menschen in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns auf allen
4 Ebenen unserer Stadtgesellschaft bedingungslos für unsere lebendige Demokratie
5 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Dazu gehört eine aktive und
6 wachsame Zivilgesellschaft, die sich gegen Hass, Ausgrenzung, Hetze und Spaltung
7 einsetzt. Betroffenen von Extremismus jeglicher Art stehen wir unterstützend zur
8 Seite.

9 Demokratie stärken

10 Demokratiebildung ist von entscheidender Bedeutung, um sich als politisch aktive
11 Bürger:innen zu engagieren und für die Prävention von Extremismus einzustehen.
12 Daher setzen wir uns für eine Erhöhung des Jugendetats ein. Wir setzen uns ein
13 für die engere Zusammenarbeit von Kommune, Schulen, Universität, der
14 Volkshochschule und außerschulischen Bildungseinrichtungen, aber auch von
15 Vereinen und zivilgesellschaftliche Organisationen, um effektive Angebote für
16 Jugendliche, aber auch alle anderen Altergruppen anbieten zu können. Dazu
17 gehören für uns Workshops und Projekttage etwa zu Demokratie und ihrer
18 Geschichte, demokratischer Widerstand gegen Gewaltherrschaft, Flucht und
19 Vertreibung oder Rassismus und Antisemitismus im Alltag. So sollen Aufklärungs-
20 und Präventionsarbeit nah- und erfahrbar bleiben.

21 Konkret setzen wir uns dafür ein, dass sich die Stadt für die neue Förderphase
22 von "Demokratie leben!" bewirbt und bis dahin ein adäquates Überbrückungsangebot
23 mit ausreichend finanziellen Mitteln bereitstellt. Auch sollen die Erkenntnisse
24 aus dem Programm *Modell – Kommune Deradikalisierung*, für das Bamberg
25 Pilotkommune war, umgesetzt werden.

26 **Extremismus benennen**

27 Seit der Coronapandemie protestiert jeden Montag eine Gruppe aus
28 Impfgegner:innen, Rechtsextremen und Menschen, die Russlands feindselige
29 Handlungen verteidigen. Dort werden wissenschaftsfeindliche, nationalistische
30 und antisemitische Inhalte verbreitet. Die Vernetzung findet nicht nur auf
31 diesen Demonstrationen statt, sondern aktiv auf AfD-(nahen)-Veranstaltungen. In
32 Bamberg und dem Umland sind verschiedene extremistische Gruppierungen aktiv, wie
33 die Grauen Wölfe, die Identitäre Bewegung der Dritte Weg, Reichsbürger und
34 weitere rechtsextreme Kleingruppen.

35 In Bamberg erleben wir politisch motivierte Ordnungswidrigkeiten und Straftaten,
36 von rechtsextremen Schmierereien bis hin zu versuchten Anschlägen. Um allen
37 Menschen in Bamberg ein sicheres und friedliches Leben zu ermöglichen fordern
38 wir einen besseren Schutz von marginalisierten Gruppen und deren
39 Veranstaltungen. Queere Personen, FINTA* und Menschen mit Migrationshintergrund
40 müssen sich auf unseren Straßen sicher fühlen.

41 **Extremismus bekämpfen**

42 Wir wollen, dass die Stadt Demonstrationen und Veranstaltungen, wie den CSD,
43 noch besser schützt. Deutschlandweit nimmt die Gewalt gegen Teilnehmende dieser
44 Veranstaltungen zu.

45 Kontaktstellen für Betroffene von rassistischer, queerfeindlicher und
46 antisemitischer Gewalt und Diskriminierung müssen von der Stadt gefördert und
47 beworben werden. Die Kontaktstellen sollen an geeignete Beratungsstellen – zum
48 Beispiel den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer
49 und antisemitischer Gewalt VBRG – vermitteln und Hassverbrechen statistisch
50 erfasst werden. Hierfür wollen wir in den Austausch mit anderen Kommunen gehen
51 und so bewährte Vorgehensweisen in Bamberg einführen.

52 **Erinnerungsorte und Gedenkstätten - sichtbare Zeichen gegen Extremismus**

53 Ein wachsamer und kritischer Umgang mit deutscher Erinnerungskultur ist gerade
54 in Bamberg als ehemaliger Versammlungsort der NS-Jugendorganisation *Bund*

55 deutscher Mädel (BdM) ein wichtiges Thema. Da es immer weniger Zeitzeug:innen
56 geben wird, unterstützen wir zügige Fortschritte bei der digitalen
57 Erinnerungskultur, die Erinnerungsorte, Hintergründe und Zeitzeug:innenberichte
58 multimedial und wirkungsvoll zusammenbringt. Dies soll insbesondere durch ein
59 Dokumentationszentrum mit einem digitalen *Oral-History-Archiv* erfolgen. Das
60 erfolgreiche Stolpersteine-Projekt wollen wir weiter voranbringen und geeignete
61 Gedenkzeichen für bisher weniger bedachte Opfergruppen, wie Homosexuelle,
62 Zwangsarbeiter:innen oder Sinti und Roma schaffen. Den *Mythos Stauffenberg* als
63 vorgeblich vorbildlichem Widerstandskämpfer wollen wir weiter aufarbeiten und
64 das Wirken von Widerstand durch demokratischer gesinnte Personen(-kreise)
65 betonen. Eine reflektierte Erinnerungskultur und ein sensibler Täter-Opfer-
66 Umgang ermöglichen gelebte Demokratie und effektive Extremismusprävention heute.

67 **Rolle der Stadt Bamberg**

68 **Klare Kante gegen menschenverachtende Töne von Mandatsträger:innen zeigen**

69 In dieser Legislaturperiode ist der Ton im politischen Diskurs rauher geworden.
70 Menschenverachtende, grenzüberschreitende und rechts-populistische Äußerungen
71 auch von Stadtratsmitgliedern häufen sich. Es muss selbstverständlich sein, dass
72 alle demokratischen Parteien konsequent gegen Personen aus ihren Reihen
73 vorgehen, welche rechtsextreme, rassistische und Menschenverachtende Inhalte
74 verbreiten.

75 Wir werden solche Äußerungen konsequent verurteilen und setzen uns dafür ein,
76 dass die Geschäftsordnung des Stadtrates hier genauer formuliert wird und auch
77 Äußerungen außerhalb der Sitzungen gerügt werden können.

78 **Stadtverwaltung fortbilden**

79 Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung stehen in ihrer Arbeit häufig in
80 unmittelbarem Kontakt mit Extremismus und Demokratiefeindlichkeit. Diese
81 unzumutbare Belastung erschwert die Arbeit die Stadtverwaltung. Jedoch ist eine
82 gut funktionierende Verwaltung essentiell für ein gelingendes Miteinander in
83 Bamberg.

84 Aus diesem Grund fordern wir, dass die Stadt ihre Angestellten durch Schulungen
85 für verfassungsfeindliche und extremistische Gruppierungen und Inhalte
86 sensibilisiert. Im Fokus dieser Weiterbildungsangebote sollen die Erkennung und
87 der Umgang mit antidemokratischen Ideologien und Verschwörungstheorien stehen.
88 Die Mitarbeitenden sollen befähigt werden, diesen Positionen im Rahmen der
89 Rechtssprechung konsequent und souverän entgegenzutreten.

90 Dazu gehört auch die Aufrechterhaltung und Stärkung personalrechtlicher
91 Kontrollstrukturen, um auf aktuelle politische Entwicklungen, etwa die
92 Einstufung der AfD als extremistische Organisation durch das Land Bayern,
93 angemessen reagieren zu können.

94 Außerdem setzen wir uns ausdrücklich dafür ein, dass die Stadt alle rechtlichen
95 Möglichkeiten ausschöpft, um keine Räumlichkeiten an antide mokratische Vereine
96 und Personen zu vermieten. Darüber hinaus wollen wir, dass die Stadt private
97 Eigentümer:innen für die Problematik sensibilisiert, damit populistischen und
98 extremistischen Positionen kein Raum geboten wird.